

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2015

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge

herausgegeben von Walter Mühlhausen
im Auftrag der Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2015

Markus Meckel

Arbeit für den Frieden –
Versöhnung über den Gräbern

Heidelberg 2015

Markus Meckel (* 1952 in Müncheberg/Brandenburg) musste 1969 die Allgemeine Oberschule aus politischen Gründen verlassen, erwarb dann am Kirchlichen Oberseminar Potsdam-Hermannswerder die Hochschulreife und studierte von 1971 bis 1978 Theologie in Naumburg und Berlin. Nach Vikariat und evangelischem Pfarramt in Vipperow/Müritz, war er von 1988 bis 1990 Leiter der Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte in Niederndodeleben bei Magdeburg. 1989 gründete er mit anderen die sozialdemokratische Partei in der DDR und wurde 1990 nach den ersten freien Wahlen in der DDR deren Außenminister. Von 1990 bis 2009 gehörte er für die SPD dem Deutschen Bundestag an. Er bekleidet zahlreiche ehrenamtliche Funktionen in Stiftungen und Organisationen und ist seit 2013 Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den 8. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Markus Meckel am 4. Februar 2015, dem Geburtstag von Friedrich Ebert, im Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse gehalten hat.

Fotos: H & B Pressebild Pfeifer, Wiesloch (3); Stiftung (3)

Reihe „Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge“, herausgegeben von Walter Mühlhausen im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg).

©2015 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Untere Str. 27

D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 9 10 70

Fax: (06221) 91 07 10

Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>

E-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Redaktion: Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Realisation: gschwend_grafik, Mannheim

Druck:

Logo: © Hühnlein & Hühnlein, Eching am Ammersee

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

ISBN 978-3-928880-49-7

Vorwort

Mit dem jährlichen Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag erinnert die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte an Leben und Werk ihres Namensgebers mit Themen, die seinerzeit den Sozialdemokraten und Staatsmann beschäftigten, die aber auch heute noch diskutiert werden und von zentraler Bedeutung sind.

Mit Blick auf den Ersten Weltkrieg stellt die Stiftung ihre Arbeit im Jahr 2015 unter das Leitmotiv „Tod und Verklärung“. Auch die Familie Ebert erfuhr wie viele Millionen unsägliches Leid, denn zwei ihrer Söhne verloren 1917 ihr Leben auf den Schlachtfeldern. Im Rahmen des Jahresthemas bewegte sich auch der 8. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Markus Meckel, seit 2013 Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., am 4. Februar 2015 im Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg gehalten hat. Unter dem Leitspruch „Arbeit für den Frieden – Versöhnung über den Gräbern“ ist seine Rede ein eindringliches Plädoyer für die Verständigung unter den Völkern nach zwei furchtbaren Kriegen mit Millionen von Toten, wobei der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine besondere Rolle als Mittler und Vermittler zukommt – in einer keineswegs friedlichen Zeit. Es bleibt Aufgabe unserer Stiftung, über den historischen Diskurs die Erinnerung an Friedrich Ebert, den Mitbegründer der ersten deutschen Demokratie, wachzuhalten, die Geschichte seiner Zeit zu vermitteln und über eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unsere Grundwerte zu stärken.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Geschäftsführer



Arbeit für den Frieden – Versöhnung über den Gräbern

Markus Meckel

Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Gern bin ich heute nach Heidelberg gekommen, an den Ort, der in besonderer Weise an Friedrich Ebert erinnert, eine der großen Gestalten der deutschen Sozialdemokratie und gleichzeitig der deutschen Demokratiegeschichte. Er gehört damit zu denen, die für mein Leben schließlich eine zentrale Rolle spielten, nämlich für die Entscheidung, 1989 in der kommunistischen DDR eine sozialdemokratische Partei zu gründen.

Es ist heute ziemlich genau 26 Jahre her, dass Martin Gutzeit, ein langjähriger Freund und Mitstreiter, und ich diesen Plan fassten, wenige Tage vor dem Beginn des Runden Tisches in Polen, von dem wir natürlich vorher nichts wussten. Mit dieser Gründung wollten wir die Zwangsvereinigung von KPD und SPD aus dem Jahr 1946 rückgängig machen. Wir bestritten den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED und setzten mit dem Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR ein Signal für den notwendigen Systemwechsel hin zu einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters. Das war eine offene Kampfansage an

die SED! Wir haben später in den Stasi-Akten schon zitiert gefunden, dass die Partei es auch so verstanden hat.

Im Jahr 1988 hatten Martin Gutzeit und ich – beide waren wir Pastoren der evangelischen Kirche – die Idee, einen Verein zu gründen. Wir suchten nach neuen Organisationsformen der Opposition außerhalb der Kirche, da wir irgendwie spürten und den Eindruck hatten, dass sich vielleicht doch was ändern lässt. In uns wuchs die Hoffnung, dass angesichts der Politik Gorbatschows in der Sowjetunion sich langsam wirklich etwas verändern ließe. Vorher waren immer Panzer geschickt worden. Anfang 1989 schließlich waren wir jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass es zielführender und klarer sei, eine Partei zu gründen – und hätten ihr so manchen wohlklingenden Namen geben können.

Oft wurde ich auch gefragt, warum wir als Pastoren nicht eine christliche Partei gegründet haben. Meine Antwort: aus theologischen Gründen. Wir wollten jeder Instrumentalisierung des christlichen Glaubens für politische Zwecke wehren. Die Bibel kann schlecht eine konkrete Verkehrs- oder Gesundheitspolitik begründen, sondern nur ethische Grundorientierungen geben; keine Partei darf für sich in Anspruch nehmen, mehr als andere christlich zu sein. Allen muss es um die Achtung vor der Würde des Menschen gehen und darum, den Schwachen Partizipation und Integration zu ermöglichen!

Wir entschieden uns, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Damit stellten wir uns in die Tradition der ältesten demokratischen Partei Deutschlands, durch welche im 19. Jahrhundert die Benachteiligten und Unterdrückten zu Subjekten politischen Handelns wurden. Entsprechend wollten wir mit dieser Gründung Raum geben, dass aus Untertanen in der DDR Bürger werden, politische Subjekte, die Verantwortung für die eigene Wirklichkeit wahrnehmen.

Gleichzeitig traten wir mit dieser Parteigründung in einen internationalen Zusammenhang, wir wollten den globalen Herausforderungen besser gerecht werden und die Provinzialität der kommunistischen DDR überwinden. Dafür standen Willy Brandt mit seinem Nord-Süd-Bericht, Olof Palme mit dem Bericht über die gemeinsame Sicherheit sowie Gro Harlem Brundtland mit dem Bericht über nachhaltige Entwicklung. Mit dieser Gründung zogen wir gewissermaßen die sozialdemokratische Hand aus dem Symbol des SED-Parteiabzeichens und entzogen der SED ihre ideologische Legitimation. Dies ging an die Wurzel der Selbstdefinition der SED, die ja faktisch die Tradition der KPD fortführte.

Indem wir die Sozialdemokratie gegen den Kommunismus setzten, standen wir mitten in dem Spannungsfeld, das Friedrich Ebert in den Kriegsjahren als Vorsitzender der SPD durchlebt und durchlitten hat. Nach einem langen und kräftezehrenden „Bruderkampf“ der Arbeiterklasse, wie Friedrich Ebert es nannte, spaltete sich die USPD ab und entstand 1918 schließlich die Kommunistische Partei Deutschlands. Ebert ließ sich in den Grundfragen auf keine Kompromisse ein und trat konsequent für eine parlamentarische Demokratie ein, für die Erreichung der Ziele durch Reformen und die Gewinnung von Mehrheiten, die sich in freien Wahlen erweisen müssen. Er stand für Rechtsstaatlichkeit, das Gewaltmonopol des Staates und wurde so gewissermaßen zum Vater der Weimarer Republik, der ersten Demokratie und Republik in Deutschland. Seine Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft, seine klare Orientierung und sein Pragmatismus waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass in den Wirren des Kriegsendes und der Novemberrevolution trotz vielfältiger Widerstände der Übergang in die Republik gelang. Im Nachhinein lässt sich natürlich fragen, ob das Bündnis mit den alten Eliten – ich denke an den sogenannten Ebert-

Groener-Pakt – wirklich alternativlos war, um den Übergang in die Demokratie zu ermöglichen. Doch das lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten.

Nachdem in den letzten Kriegsjahren die Macht im Deutschen Reich faktisch von den Militärs ausgeübt wurde, stahlen diese sich davon, als es darum ging, die Verantwortung für den Krieg und die Niederlage zu übernehmen. Nun aber übernahmen Sozialdemokraten in schwerster Stunde die Verantwortung für Deutschland – und führten es in die Demokratie.

Dieses entschiedene Eintreten für Freiheit und Demokratie, gegen Diktatur und Unterdrückung in der gesamten Geschichte der Sozialdemokratie war für uns 1989 der zentrale und tiefe Grund, uns mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) in diese Tradition zu stellen. Auch in der Friedlichen Revolution in der DDR sollte sich dann wieder erweisen, dass die Geschichte der Demokratie in Deutschland nicht ohne die Sozialdemokratie geschrieben werden kann. Der Erste Weltkrieg ist erst im letzten Jahr durch den 100. Jahrestag seines Beginns wieder ins Blickfeld des öffentlichen Interesses getreten. Doch ein Ereignis war immer bewusst und Anlass für Streit und Vorwurf: die (mit den anderen Parteien gemeinsame!) Zustimmung der SPD im Reichstag zu den Kriegskrediten. Damit verlor die SPD in den Augen vieler die Unschuld. Vorher hatte sie dem wilhelminischen System immer den Kampf angesagt und war für den Frieden eingetreten – und geriet nun in den allgemeinen nationalen Sog. Damit stand die deutsche Sozialdemokratie jedoch nicht allein. In den meisten europäischen Ländern rückten die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um – aus ihrer jeweiligen Perspektive – gemeinsam gegen den Feind und Aggressor zu stehen. Vor dem Krieg hatte es in Europa durchaus einen bürgerlichen wie auch sozialistischen Pazifismus gegeben, der gegen

den drohenden Krieg eintrat. Auch in der Arbeiterbewegung stritten schon vor 1914 Vertreter eines Internationalismus und Pazifismus gegen die Mehrheitsmeinungen. Der französische Sozialist Jean Jaurès trat entschieden für eine französisch-deutsche Versöhnung ein und rief den Massen noch im Juli prophetisch für den Fall des Krieges zu: „Was für ein Massaker! Was für Ruinen! Was für eine Barbarei!“ Am 31. Juli 1914 fiel er in Paris dem Attentat eines französischen Nationalisten zum Opfer. Am gleichen Tag trafen sich in Brüssel auf Einladung des belgischen Pazifisten Henri Lafontaine fünfzig Gesinnungsgenossen aus ganz Europa. Auch nach Kriegsbeginn gab es noch Versuche, sich dem Krieg und der allgemeinen Stimmung entgegenzustellen. In Deutschland gründete sich im Herbst 1914 der „Bund Neues Vaterland“, dem u. a. auch Albert Einstein und Ernst Reuter angehörten. Clara Zetkin organisierte im Februar 1915 ein Treffen von sozialistischen Pazifistinnen in Berlin und die niederländische Pazifistin Aletta Jacobs lud ebenfalls 1915 zu einem Frauenfriedenskongress nach Den Haag ein. Doch blieben solche Stimmen einzelne Rufer in der Wüste.

Friedrich Ebert stand zu der Entscheidung für die Kriegskredite. Er – und mit ihm die Mehrheit der SPD – stimmte damit dem „Burgfrieden“ des Kaisers zu. Für ihn war es notwendige Pflicht, im Falle der Landesverteidigung zusammenzustehen gegen den Feind. Gleichzeitig glaubte er zu dieser Zeit dem öffentlichen Meinungsbild, dass das zaristische Russland als Hort der Reaktion der Hauptaggressor war. Wir wissen, dass die Friedensfrage dann später auch für die Spaltung der Partei eine wichtige Rolle spielte.

Erst Jahre später, 1917, wurden Friedrich Ebert und die deutschen Mehrheits-Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kräften, die später die Weimarer Republik tragen sollten, für den Frie-

den aktiv und brachten im Reichstag die „Friedensresolution“ durch, mit welcher sie sich – wenngleich erfolglos – für einen „Verständigungsfrieden ohne Annexionen“ einsetzten.

Ich gestehe, dass für mich in den 80er Jahren die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg sowie die Position Helmut Schmidts in der Nachrüstungsfrage eine schwere Anfechtung waren. Sie wurde nur durch den Widerstand Willy Brandts, Erhard Epplers und großer Teile der SPD gegen die Nachrüstung gewissermaßen ausgeglichen.



August 1924: Kranzniederlegung am 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs für die Opfer des Ersten Weltkrieges - für Friedrich Ebert mehr als nur eine Pflichtübung, denn zwei Söhne sind im Weltkrieg gefallen.

Heute frage ich mich, ob die Mehrheit der Sozialdemokraten damals wirklich eine andere Wahl hatte. Zugleich ist nicht zu leugnen, dass damit die letzte Chance vertan war, dem Krieg entgegenzutreten. Dazu kommt die Frage, ob ohne diese Zustimmung die spätere Kooperation der SPD mit der katholischen Zentrumsparterie und der liberalen Fortschrittspartei zustande gekommen wäre, welche die politische Grundlage für die Friedensresolution von 1917 und besonders für die „Weimarer Koalition“ geworden ist.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde im Jahr 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet. Millionen deutscher Soldaten waren auf den vielen Schlachtfeldern in West und Ost gefallen. Deutschland lag wirtschaftlich und politisch am Boden. Die Gewissheiten der Vorkriegszeit standen in Frage. Einen gesellschaftlichen Konsens zu den Perspektiven für Deutschland gab es nicht. Fast alles war umstritten. Eines aber verband die Menschen: die Betroffenheit durch die Toten, die Frage nach den Gräbern der gefallenen Väter und Söhne, Männer und Kameraden. Die Gründung des Volksbundes geschah aus der Gesellschaft heraus, der Staat schien nicht in der Lage zu sein, diese Aufgabe wahrzunehmen, die Millionen von Familien betraf.

Friedrich Ebert und seine Frau Louise kannten während des Krieges die brennende Sorge um die im Feld stehenden Familienmitglieder und sie kannten die Trauer um die Toten des Krieges nicht nur aus der Distanz. Im Oktober 1916 fiel der Bruder von Louise, der eine mittellose Familie mit sechs Kindern hinterließ. Friedrich, der älteste Sohn Eberts, wurde 1916 schwer verwundet, kehrte im Jahr darauf aber an die Front zurück. Im Februar 1917 starb dann der Sohn Heinrich in einem Lazarett in Mazedonien, er war 19 Jahre alt. Sein Grab finden Sie auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Prilep, der vom Volksbund bis heute gepflegt wird. Der ein Jahr ältere Sohn Georg Ebert fiel wenige Monate später am Chemin des Dames bei Laon in Frankreich; er wurde vermutlich in einem Massengrab bestattet. Der Tod der Söhne traf die Eltern schwer. Wir wissen nicht, wie sie diesen Schmerz verarbeitet haben. Gewiss war es für sie eine zusätzliche Last, nicht an einem Grab Abschied nehmen zu können – eine Last, die sie mit vielen teilten. 1921 erkundigte sich Friedrich Ebert noch bei den zuständigen Behörden über die Grabstätte des Soh-

nes Heinrich und ob das Grab des Sohnes Georg in Frankreich sich habe ermitteln lassen. Vergeblich.

Der Trauer in den Familien zu begegnen und den Familien einen Ort zu geben, an dem sie trauern konnten, das war etwas, was die Sozialdemokraten mit allen anderen Parteien verband. Darauf konnte man sich einigen. So unterstützte Friedrich Ebert auch als Reichspräsident die Arbeit des Volksbundes, sowohl aus der eigenen Trauer um seine Söhne wie aus dem Gefühl der Verantwortung, die tiefen Wunden in der Gesellschaft heilen zu helfen.

Auf der Frankfurter „Opferwoche für die Erhaltung unserer fernen Gräber“, organisiert von der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Volksbundes, wurde im Jahr 1922 eine Postkarte verkauft, auf der Ebert eigenhändig die Deutschen dazu aufrief, für die „Errichtung würdiger Kriegsgräber“ zu spenden. Der Text der Karte lautet:

„Für die Gräber unserer fern der Heimat gefallenen Volksgenossen zu sorgen, ist für uns alle eine Pflicht der Dankbarkeit und der treuen Erinnerung. Der diesem schönen Zwecke dienenden Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge wünsche ich daher von Herzen Erfolg.

Frankfurt a. M., den 27.2.1922 Ebert, Reichspräsident.“

Während dieser „Opferwochen“ wurde auf verschiedenen Gedenkfeiern um Spenden geworben. Die zweite Feier wurde in der vollbesetzten Stadthalle veranstaltet, der Gartenarchitekt Wilhelm Hirsch (später ein erklärte NS-Anhänger) und Rabbiner Georg Salzberger (der nach einem Aufenthalt im KZ Dachau die Shoa in London überlebte) sprachen anhand von Lichtbildern über „Unsere fernen Gräber“.

In den Jahren der Weimarer Republik war die Perspektive auf den Weltkrieg heftig umstritten. Eng verbunden war mit dem Blick auf den Krieg die Haltung zur Republik und zur Demokratie überhaupt. Die Rechtskonservativen und Nationalisten sprachen von Deutschland, das „unbesiegt im Felde“ gewesen sei – was so freilich eben nicht stimmte; sie erfanden die unselige „Dolchstoßlegende“, dass die Revolution und die Sozialdemokraten den Sieg im Felde unterwandert hätten. Für sie waren die Soldaten Helden, denen nachzueifern war, um schließlich doch noch den Sieg zu erringen – und so möglichst auch die Republik wieder abzuschaffen.

Demgegenüber stand eine Erinnerungspolitik der republikanisch gesinnten Weltkriegsveteranen, die den Krieg als Menschheitskatastrophe und das Jahr 1918 als Beginn der Befreiung darstellten.

Heute erinnern wir uns hier besonders an die Denkmale von Käthe Kollwitz („Trauernde Eltern“ in Vlodzlo/Belgien), Ernst Barlach (Mahnmal Magdeburger Dom/Engel in Güstrow) und Wilhelm Lehmbruck („Sitzender Jüngling“ in Duisburg), welche die Menschen in ihrem Leid in den Blick nahmen. Zu erwähnen ist auch das Antikriegsmuseum, von Ernst Friedrich 1925 in Berlin gegründet. Solche Darstellungen gerieten jedoch immer mehr in die Minderheit und unter Druck – und wurden in der Zeit des Nationalsozialismus weitgehend zerstört oder abgenommen. Die Kriegerdenkmäler wurden mehr und mehr zu Heldendenkmälern.

Auch im Volksbund gewannen die Kräfte der Reaktion mehr und mehr die Oberhand. So kritisierte 1930 der preußische Ministerpräsident Otto Braun den Volksbund: Dort werde – so schrieb er im „Vorwärts“ im März 1930, das „Gedächtnis der Toten missbraucht [...], um einen gewissen, verderblichen Revanchegeanken zu wecken und wachzuhalten.“

Im November 1919 hielt Friedrich Ebert, dann schon Präsident der Republik, eine Rede zum Gedenken an die Opfer des Weltkrieges. Darin heißt es:

„Mögen die Völker und alle Volksgenossen, angesichts dieses Martyriums, angesichts der Hekatomben von Menschenopfern dieses entsetzlichsten aller Kriege, den Krieg verabscheuen und bekämpfen als das grausamste Verbrechen an der Menschheit. Menschlichkeit und Kultur gebieten, anstelle von Gewalt und Unterdrückung Freiheit und Recht zu setzen. Die Vergewaltigung und Unterdrückung von Völkern war immer der Fluch der Welt! Nur die wahre, alle Völker umfassende und durchdringende Demokratie kann der leidenden Menschheit Frieden geben. Der Völkerversöhnung und der Völkergemeinschaft muss die Zukunft gehören. Wohl ist der Weg dorthin weit und schwierig, verzagen dürfen wir aber nicht. Geloben wir, die Erkämpfung dieses hohen Ideals zu unserer Lebensaufgabe zu machen, dann ehren wir am würdigsten die Toten!“

In dieser Rede verbindet Ebert das Gedenken an die Toten des Weltkrieges mit der Ächtung des Krieges und der Perspektive des Friedens und der Versöhnung. Solche Aussagen waren damals zwar nicht außergewöhnlich, aber eben auch nicht anerkanntes Allgemeingut.

Heute verstehen wir als Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge genau dies als unseren Auftrag: Angesichts der Kriegsgräber, um die wir uns kümmern, zu vermitteln, was Krieg bedeutet, was die Anwendung von massenhafter Gewalt für Folgen hat. Seit vielen Jahren steht unsere Arbeit unter dem Motto: Arbeit für den Frieden – Versöhnung über den Gräbern.

Mehr noch als nach dem Ersten Weltkrieg ist die Aufgabe des Volksbundes eine auch ethische Herausforderung: Nach all den Schrecken und Verbrechen, die wir Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus über Europa und darüber hinaus gebracht haben, war es keine Selbstverständlichkeit, dass die Völker Europas bereit waren, Friedhöfe für deutsche Kriegs-



Vor dem Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag: Markus Meckel spricht bei der Gedenkfeier am Grab von Friedrich Ebert auf dem Heidelberger Bergfriedhof.

tote in ihren Ländern zu errichten. Dies bedurfte oft schwieriger Versöhnungsprozesse – und brauchte nicht selten Zeit. In Westeuropa war die Arbeit des Anlegens von Sammelfriedhöfen in den 80er Jahren im Wesentlichen abgeschlossen. Im Osten Europas, der in Zeiten des Kalten Krieges von kommunistischen Regimen beherrscht war, begann diese Arbeit erst nach 1990. Bis heute werden – mit dem Schwerpunkt im Osten Europas – noch jährlich mehr als 30.000 Kriegstote auf die angelegten Sammelfriedhöfe umgebettet.

Dies ist viel zu wenig bekannt, denn wir identifizieren bis heute jährlich Tausende von Kriegstoten und haben Schwierigkeiten, die Angehörigen zu finden. Viele kommen gar nicht auf den Gedanken, dass noch 70 Jahre nach dem Krieg Tote gefunden und identifiziert werden. Es ist aber der Fall! Bis heute können wir vielen Familien die späte Information geben, wo ihr Vater, Großvater oder Onkel ein würdiges Grab erhalten hat. Doch man muss sie erst einmal finden; viele Antragsteller früherer Jahrzehnte sind aber umgezogen und schwer auffindbar. Man kann also nur jeden ermutigen nachzufragen, wo solche Suche nicht abgeschlossen ist!

Durch die beim Volksbund vorhandenen und allen zugänglichen Personaldaten über Kriegsoffer beider Weltkriege ist es vielfach auch möglich, einen Bezug in die eigene Familiengeschichte herzustellen, was bis heute immer wieder zu neuen Erkenntnissen und ganz persönlichen Erfahrungen führt. In vielen Dörfern und Städten finden wir bis heute Ehrenmale zum Ersten Weltkrieg mit den Gefallenen, oft auch ergänzt mit denen des Zweiten Weltkrieges. Hier wäre es z. B. möglich, in Schulprojekten nach den Schicksalen dieser Namen zu forschen, der Volksbund bietet mit seiner Online-Gräbersuche solche sehr einfach zu handhabenden Möglichkeiten.

Die Pflege von Kriegsgräber- und Gedenkstätten ist gleichzeitig Ausgangspunkt und Ziel internationaler Jugendbegegnungen. Hier geht es um Friedensbildung, es geht unter anderem um die Bildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins mit europäischem, interkulturellem und zunehmend auch globalem Horizont. Durch Begegnungen mit den Menschen des Gastlandes wird erfahren, welches Schicksal die Menschen in dieser Landschaft in der Vergangenheit erleiden mussten. Zugleich werden Aktualitäts- und Gegen-

wartsbezüge in den Projekten hergestellt. Es soll Raum geschaffen werden zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der des Nachbarlandes. Die Anonymität der abstrakten Zahlen wird durch die Arbeit an konkreten Einzelbiographien aufgebrochen. Ein zentrales Ziel des Volksbundes ist es, der Vereinnahmung und damit dem politischen Missbrauch von Kriegstoten für extremistisches Denken und Handeln entgegenzutreten.

Schon früh in den 1950er Jahren begann diese Jugendarbeit des Volksbundes. Die Initiative dazu ergriff der damals junge und kürzlich verstorbene Pater Theobald Rieth. Dieser war Soldat und dann in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Die traumatischen Kriegserlebnisse waren für ihn Anstoß, sich für Versöhnung und später die europäische Integration einzusetzen. 1953 begann mit ihm im flämischen Lommel mit einem Einsatz von 200 jungen Männern aus Belgien und Deutschland die grenzüberschreitende Jugendarbeit des Volksbundes. In Lommel entstand dann auch die erste der internationalen Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes. Heute haben wir fünf Bildungs- und Begegnungsstätten, in Lommel (Belgien), Ysselsteyn (Niederlande), Niederbronn (Frankreich), auf dem Golm/Usedom und in Halbe bei Berlin. Zusätzlich finden jährlich ca. 60 Workcamps mit Jugendlichen in verschiedenen Ländern Europas statt. So erreicht der Volksbund mit seiner Arbeit ca. 20.000 Jugendliche im Jahr. In den Landesverbänden des Volksbundes gibt es durch hauptamtliche Referenten eine vielfältige Arbeit mit Schülern und anderen Jugendlichen auch im Inland. So werden auch die Kriegsgräberstätten in Deutschland, die nicht in der Trägerschaft des Volksbundes liegen, zu Orten der Auseinandersetzung mit unserer schwierigen Geschichte.

Seit 1953 trafen sich ca. 504.000 junge Menschen aus aller Welt, setzten sich mit den Kriegserfahrungen ihrer Völker auseinander und wurden so zu einem Faktor von Verständigung und Versöhnung. Mit der geschichtlichen Entfernung zu den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges kommt den Kriegsgräberstätten, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. gepflegt werden, zunehmend eine neue Bedeutung zu: Sie werden von Orten der individuellen Trauer zu Orten des Lernens und öffentlichen Gedenkens. Kriegsgräber zählen zu den seltenen Orten, an denen die Ereignisse der Geschichte und ihre Auswirkungen auf das individuelle Schicksal unmittelbar und namentlich gegenwärtig sind.

Oft liegen auf den Friedhöfen nicht nur Soldaten, sondern auch andere Opfergruppen, darunter Zivilisten aus den umliegenden Dörfern und Städten, Flüchtlinge und Vertriebene, aber auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Hier liegen auch Deserteure und andere Opfer der Wehrmachtsjustiz. Dazu kommen auf einigen Kriegsgräberstätten auch noch Opfer der sowjetischen Besatzung. Kriegsgräberfriedhöfe lassen die Folgen von Krieg und massenhafter Gewalt eindrücklich werden. Wir sehen es für die Zukunft als eine wichtige Aufgabe an, wenigstens exemplarisch und bei stark besuchten Kriegsgräberstätten diese Differenzierung der Toten durch Ausstellungen und Dokumentationen deutlich zu machen und möglichst jeweils auch exemplarische Einzelschicksale darzustellen.

Geschichte ist nicht in Beton gegossen. Hier haben Menschen gehandelt, mit ihren jeweiligen Vorstellungen, Zielen und Gefühlen, auch mit ihren Konflikten, den inneren wie den äußeren. Und diese gilt es kennenzulernen. Diese besser zu verstehen, eröffnet uns jeweils eigene Erfahrungen in der Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft, kann Orientierung geben und zum eigenen Engagement ermutigen.

Die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur ist bis heute noch sehr aufgespalten und wenig integrativ. Da denken die einen vor allem an den Nationalsozialismus, oder nur an den Holocaust. Andere gedenken besonders der Vertreibungen, wobei deren Ursachen und Hintergründe nicht immer mitbedacht sind. Die kommunistische Diktatur wird allzu oft nur als östliche bzw. ostdeutsche Regionalgeschichte angesehen – und nicht als ein alle betreffender Teil der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Die weit verbreitete Angst, den NS und den Kommunismus zu vergleichen (was ja nicht gleichsetzen heißt!), führt leicht dazu, dass man zwar Bewertungen vor sich her trägt, aber die Systeme und ihre Ideologien nicht wirklich versteht. Der Kalte Krieg wird zu wenig in seinen internationalen Dimensionen wahrgenommen. Die beiden Weltkriege werden in Deutschland immer weniger bedacht; ihre tief gehenden Erfahrungen und Folgen bis in fast jede Familie hinein treten im öffentlichen Gedenken oft hinter die Diktaturerfahrungen und den Holocaust zurück.

Das Zusammenfallen so vieler für das 20. Jahrhundert wichtiger Jahrestage im letzten wie in diesem Jahr – 2014: 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre Friedliche Revolution, 10 Jahre Mitgliedschaft der neuen Demokratien in der Europäischen Union; 2015: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre Deutsche Einheit – sollte für uns eine Herausforderung sein, die verschiedenen historischen Ereignisse stärker in ihren Zusammenhängen in den Blick zu nehmen. Hierin sehe ich auch eine Aufgabe für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren, die sich dem öffentlichen Gedenken widmen, dazu beitragen sollte, mehr als bisher üblich die Verwobenheit dieser verschiedenen Dimensionen des 20.

Jahrhunderts ins öffentliche und gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen.

Öffentliches Gedenken und Erinnern stehen heute immer in einem internationalen Kontext; die jeweiligen Nachbarn, die zumeist Beteiligte dieser Geschichte waren, nehmen sehr deutlich wahr, wie dies geschieht, und fühlen sich betroffen. So hat selbst das Gedenken nationaler Ereignisse eine europäische Dimension. Aus dieser Erkenntnis heraus werden heute viele Ereignisse unserer Geschichte zu europäischen Erinnerungsorten. Ich nenne nur drei Beispiele der letzten Monate und Tage:

- Der Mauerfall wurde – mit Recht und notwendigerweise – gemeinsam mit den mitteleuropäischen Gästen gefeiert, waren sie es doch, die mit uns gemeinsam Freiheit und Demokratie errungen und so den Durchbruch zum Ende des Kalten Krieges eingeläutet haben.
- Im Gedenken an die Toten des Ersten Weltkrieges weihte Staatspräsident François Hollande in Notre-Dame-de-Lorette in Frankreich im November 2014 ein beeindruckendes Mahnmal ein, den „Ring der Erinnerung“. Hier wird an 580.000 Tote aller Nationen erinnert, die im Ersten Weltkrieg in dieser Region gefallen sind, unter ihnen 174.000 Deutsche. Ihre Namen sind nun aber nicht nach ihren Nationen unterteilt, sondern werden alphabetisch aufgeführt. So ist ein völkerverbindendes Denkmal geschaffen worden, das vor blindem Nationalismus warnt und zum Engagement für den Frieden mahnt.

- Vor wenigen Tagen gedachten Staats- und Regierungschefs aus aller Welt gemeinsam der Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren. In der Beurteilung der damaligen Verbrechen und der Shoa gibt es heute einen weltweiten Konsens. Dass der russische Präsident Putin vor dem Hintergrund seiner Aggression in der Ukraine nicht eingeladen wurde, hat zu berechtigter Kritik geführt.

Es ist ein Grund zur Dankbarkeit, dass heute zu solchen Anlässen in Europa auch Deutschland eingeladen wird. Damit wird international gewürdigt, dass die Anerkennung der Verantwortung, die uns aus dieser Geschichte erwächst, in der Breite der deutschen Gesellschaft verankert und Konsens ist. Wenn Bundespräsident Joachim Gauck bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, also vor wenigen Tagen, im Deutschen Bundestag sagte, „es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“, so hat er damit eine Aussage getroffen, der in Deutschland kaum jemand widersprechen wird. Die oft strittige, aber intensive und offene Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ist inzwischen in unserem Land von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und hat uns in Europa und dieser Welt zu viel Achtung und Anerkennung verholfen.

Wir haben als Deutsche nach all den Schrecken des Zweiten Weltkrieges vielfache Versöhnung erfahren. Diese wurde zur Grundlage der europäischen Integration. Versöhnung aber braucht Wahrheit. Dieser Wahrheit haben wir uns gestellt – wenn auch in schwierigen Prozessen.

Doch haben wir bis heute ein Problem und sollten uns damit beschäftigen: Helmut Kohl ist 1985 heftig dafür gescholten worden, dass er vor dem Besuch im KZ Bergen-Belsen für

seine Geste der Versöhnung mit dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan Bitburg wählte, einen Friedhof, auf dem auch Männer der Waffen-SS begraben sind.

Ich frage nun: Auf welchem der deutschen Friedhöfe im Ausland können wir sicher sein, dass dies nicht der Fall ist? Dort sind Soldaten und Zivilisten aller Schichten und Geistesrichtungen beerdigt, überzeugte Nazis wie ihre Gegner, Menschen, die mit Begeisterung oder widerwillig in den Krieg zogen – und die meisten von ihnen hatten keine Wahl. Viele waren sehr jung. Da liegen Menschen, die schlimmste Verbrechen begangen haben – und ebenso jene, die sich weigerten und dann Opfer der Wehrmachtsjustiz wurden. Vielen Schicksalen ist Tragik nicht abzusprechen. Wie der Einzelne sich im Krieg jeweils konkret verhalten hat, wissen wir oft nicht.

Sollten wir uns dem nicht stellen, offen damit umgehend und nichts versteckend? Trauernd, erinnernd – doch ohne zu ehren, denn ein Feld der Ehre war es nicht.

Im letzten Jahr war Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung in der Normandie eingeladen. Ich hatte sie nach ihrer Zusage eingeladen auf den deutschen Friedhof La Cambe. Dort liegen auch die Mörder von Oradour und viele Mitglieder der Waffen-SS. Sie ging schließlich – wie ihr Vorgänger Gerhard Schröder zehn Jahre vor ihr – nach Ranville auf einen britischen Friedhof, wo auch ca. 350 deutsche Kriegstote begraben sind. Erst heute weiß ich, was zu vermuten war – unter diesen sind auch 36 Angehörige der Waffen-SS.

Zu den Grundregeln des Rechtsstaates gehört die Überzeugung, dass auch der Straftäter seine Würde als Mensch nicht verliert. Auch der, der sich schwer schuldig gemacht hat, verdient ein Grab. Auch er hat eine Familie, die um ihn trauert –

und sie hat ein Recht darauf. Eine solche Aussage relativiert nichts, Unrecht und Verbrechen bleiben, was sie sind. Doch ohne es konkret zu wissen, dürfen wir die deutsche Schuld nicht jedem Toten zurechnen. Wo wir es aber wissen, sollten wir offen damit umgehen.



Im Friedrich-Ebert-Haus.

Hier wünsche ich mir ein gemeinsames Nachdenken darüber, wie ein solches „Gedenken ohne zu ehren“ geschehen kann und welche Formen es dafür (zu entwickeln) gibt. Jedes Gedenken und Erinnern geschieht in der jeweiligen Gegenwart und wird von ihr bestimmt. So muss unser Gedenken auch von den Werten bestimmt sein, wie sie in unserem Grundgesetz und in der Grundwertecharta des Lissaboner Vertrages verankert sind.

In großen Teilen Europas gibt es deshalb einen Konsens darüber, dass die Europäische Union gewissermaßen die Gestalt gewordene Lehre aus den Schrecken der Kriege der ersten

Hälfte des letzten Jahrhunderts ist. Vor 100 Jahren galten Kriege noch als normales Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessenpolitik. Heute wissen wir, dass Frieden nicht auf dem Recht des Stärkeren, sondern auf der Stärke des Rechts beruht, auf dem friedlichen Ausgleich der Interessen und durch starke internationale Institutionen gestärkt wird. Krieg hat heute seine Legitimation verloren. Wir wissen, wie schrecklich er ist und wie viele Unschuldige betroffen sind. Wir wissen auch, wie ganz normale Menschen im Krieg leicht zu Unmenschen werden. Heute gilt auch im Völkerrecht, dass Konflikte friedlich ausgetragen werden müssen.

Angesichts der über ganz Europa verteilten Kriegsgräberstätten müssen wir uns heute fragen: Haben wir aus der Geschichte gelernt? Ich glaube, wir dürfen das in gewisser Weise schon mit einem „Ja“ beantworten. Doch frage ich: Was ist die Lehre aus den Weltkriegen im 20. Jahrhundert? Reicht es zu sagen: „Nie wieder Krieg!“? Müssen wir vielleicht auch die Lehre ziehen, dass dem Gewalttäter und Rechtsbrecher möglichst frühzeitig zu widerstehen ist?

Mit Blick auf die Tatsache, dass heute in Europa wieder Krieg geführt wird, ist das eine bedrängende Frage. Dass der Verursacher heute ausgerechnet Russland ist, das uns vor 70 Jahren befreite und heute nicht bereit ist, seinem Nachbarland Ukraine die volle Souveränität zuzugestehen, hat eine besondere Tragik. Dies ausdiskutieren kann nun heute nicht mehr die Aufgabe sein. Dass wir bei dieser Frage der Gegenwart gelandet sind, macht aber deutlich, dass Gedenken nie unpolitisch ist und das Motto des Volksbundes „Arbeit für den Frieden – Versöhnung über den Gräbern“ stets eine besondere Herausforderung bleibt, welche die ganze Gesellschaft betrifft.

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Die Stiftung zu Ehren des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) wurde am 19. Dezember 1986 durch Bundesgesetz errichtet. Die bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg hat nach dem Gründungsgesetz die Aufgabe, „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“.



Friedrich-Ebert-Haus in der Pfaffengasse mit Aufgang zur Geburtswohnung.

Die von der Stiftung unterhaltene Gedenkstätte, das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, wurde am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnet. Herzstück ist als authentischer Ort der Geschichte die kleine Wohnung, in der Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 als siebtes von neun Kindern eines Schneidermeisters geboren wurde. Daneben zeichnet die 2007 eröffnete neue Dauerausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“ den Weg des sozialdemokratischen Parteiführers an die Spitze der ersten deutschen Demokratie nach. Der ungewöhnliche Lebensweg vom Sattler zum Staatsoberhaupt wird in die Geschichte seiner von Umbrüchen gekennzeichneten Zeit eingebettet: vom Kaiser-

reich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik. Die Stiftung betreibt eigene Forschungen über Friedrich Ebert und zu zentralen Fragen seiner Zeit und regt hierzu wissenschaftliche Untersuchungen an.

Mit einem vielschichtigen Veranstaltungsangebot hat sich das Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse 18 als ein lebendiger Lernort deutscher Demokratiegeschichte etabliert. Das zeigt sich in einer stetig wachsenden Zahl von Besuchern, in der anerkannten Forschungs- und Publikationstätigkeit sowie in der Vielzahl und in der Bandbreite ihrer politisch-historischen Bildungsaktivitäten, vor allem mit Schülerinnen und Schülern. Die Besucherzahlen der Gedenkstätte haben sich mit rund 60.000 pro Jahr auf hohem Niveau eingependelt. Die Stiftung unterhält weiterhin drei durch die Republik reisende Wanderausstellungen: über Friedrich Ebert und seine Zeit, über die Weimarer Reichskanzler und über den Reichspräsidenten in der Karikatur.

Die Stiftung trägt auf diese vielfältige Weise dazu bei, die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten und Staatsmann wachzuhalten, der als Gründer und Garant der Weimarer Republik einer der Wegbereiter der modernen deutschen Demokratie ist.



Blick in Raum 1 der Dauerausstellung.

Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10–18 Uhr, Donnerstag 10–20 Uhr. Der Eintritt ist frei. Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen nach Vereinbarung. Das Haus ist barrierefrei.